

# Antisemitismus an Hochschulen

Arbeitspapier zu  
Herausforderungen und  
Handlungsempfehlungen



KOVA  
Kooperationsverbund  
gegen Antisemitismus

„Ich leite bald ein Seminar zu postkolonialen Theorien. Sobald das Thema Israel/Palästina aufkommen sollte, hab‘ ich einen Text zum Abmoderieren vorbereitet.“

Aussage eines Wissenschaftlichen Mitarbeiters im Rahmen einer Veranstaltung zum Thema Antisemitismus

1

Das Arbeitspapier beleuchtet strukturelle und institutionelle Herausforderungen und Problemlagen im Umgang mit Antisemitismus an Hochschulen.

### Zentrale Erkenntnisse

- Hochschulen und Universitäten stehen in der Verantwortung, die Wissenschaftsfreiheit und die Sicherheit aller Student\*innen und Mitarbeiter\*innen zu gewährleisten. Antisemitismus bedroht beides: Freiheit und Sicherheit.
- Für die Prävention von und den Umgang mit Antisemitismus müssen Hochschulen die notwendigen rechtlichen, personellen und strukturellen Rahmenbedingungen schaffen.
- Verbindliche Handlungspläne für den Umgang mit antisemitischen Taten, Protesten oder Besetzungen auf dem Campus sollten erstellt werden.
- Antisemitismusbeauftragte müssen an allen Hochschulen als zentrale Ansprechpersonen etabliert werden. Diese Antisemitismusbeauftragten brauchen eine wissenschaftliche Qualifikation und eine aufgabenspezifische Schulung, die mit regelmäßigen und verpflichtenden Fortbildungen abgesichert wird.
- Klare Melde- und Beschwerdestrukturen für antisemitische Taten müssen etabliert werden.
- Antisemitismuskritische Bildung, Professionalisierung und institutionelle Strukturen gewinnen an Hochschulen zunehmend an Bedeutung. Für Lehrende sollten verpflichtende Fortbildungen zu Antisemitismus angeboten werden. Zudem sollten Forschung und Lehre zu Antisemitismus, jüdischer Gegenwart und Israel ausgebaut werden.
- Hochschulen und Universitäten können als zentrale gesellschaftliche Institutionen für Wissenschaft, Forschung und Bildung wesentlich zur antisemitismuskritischen Selbstaufklärung der Gesellschaft beitragen.

Die vorliegende Veröffentlichung „Antisemitismus an Hochschulen“ ist eines von vier Arbeitspapieren, die im Rahmen des Kooperationsverbunds gegen Antisemitismus (KOVA) entstanden sind. Die Papiere umfassen die Ergebnisse von Bedarfsermittlungen, die im Jahr 2025 im Rahmen von Fachgesprächen mit Vertreter\*innen unterschiedlicher Professionen sowie bei Konferenzen gemeinsam mit KoNHAP – Kompetenznetzwerk Antisemitismusprävention an Hochschulen 2025 und 2026 erhoben wurden. Die Arbeitspapiere beziehen zudem Praxiserfahrungen der Partner\*innen des Kooperationsverbunds gegen Antisemitismus und wissenschaftliche Studien ein.

Das vorliegende Papier richtet sich an die Angehörigen von Hochschulen in Forschung, Lehre und Verwaltung sowie die damit befasste Politik auf Landes- und Bundesebene und eine interessierte Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Ziel ist es, Impulse zu geben für eine antisemitismuskritische Weiterentwicklung vorhandener Strukturen und Angebote an Hochschulen und Universitäten.

# Problemlagen und Bedarfe

An Universitäten und Hochschulen kommt es seit dem 7. Oktober 2023 vermehrt zu Antisemitismus. Beobachtet wird insbesondere eine stärkere Politisierung von Konflikten auf dem Campus sowie eine Zunahme antisemitischer Taten und Debatten im Hochschulkontext.<sup>1</sup> Dabei werden vermeintliche oder tatsächliche akademische Debatten (etwa über Begriffe wie „Genozid“ oder „Kolonialismus“ oder die Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts) instrumentalisiert für Boykottaufrufe, Diffamierung oder Forderungen an die Hochschulen, Kooperationen mit israelischen Instituten zu beenden. Seit Ende 2023 kam es zu pro-palästinensischen Protestcamps, der gewaltsamen Besetzung von Universitätsgebäuden oder der Aufforderung, bestimmte Personen oder Positionen nicht zu Wort kommen zu lassen. So fand im Dezember 2023 in der Freien Universität Berlin (FU) eine Besetzung statt und im Juli 2026 forderten Student\*innen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) einen Boykott israelischer Hochschulen. Tatsächlich ist Antisemitismus seit dem 7. Oktober 2023 an Universitäten weltweit offen sichtbar geworden. Die Angriffe richten sich dabei teilweise gezielt gegen Einzelpersonen – **Student\*innen, Mitarbeiter\*innen oder Gastwissenschaftler\*innen** –, aber auch gegen Universitäten als Institution.

Die gleichberechtigte Teilhabe am universitären Leben wird für von Antisemitismus betroffene Personen auf diese Weise signifikant erschwert. Zugleich werden die Legitimität und Reputation von Universitäten als Orte des wissenschaftlichen Austauschs missbraucht, die weitgehend offen zugängliche, wenn auch nicht im strengen Sinne öffentliche Orte sind. Universitäten stehen vor der Herausforderung, den offenen Diskursraum wissenschaftlicher Debatten zu gewährleisten und zugleich antisemitische Aussagen, Handlungen und Strukturen klar zu benennen und ihnen entschieden entgegenzutreten. Dabei beschreibt diese He-

2

3

erausforderung keinen Widerspruch: Keineswegs bedroht die antisemitismuskritische Reflexion die Wissenschaftsfreiheit. Vielmehr ist die Wissenschaft erst dann frei, wenn sich alle Wissenschaftler\*innen in ihr sowohl frei als auch sicher vor Diskriminierung oder Gewalt(-androhungen) ausdrücken können und dadurch an den wissenschaftlichen Diskursen in Forschung und Lehre teilhaben können.

Diese Freiheit ist aktuell bedroht: zahlreiche Student\*innen und Lehrende berichten von **Doxing, Mobbing, Beschimpfungen, Gewaltandrohungen und zunehmend auch von physischer Gewalt**. Opfer einer Hetzkampagne war im September 2024 zum Beispiel die jüdische Antisemitismusforscherin Julia Bernstein. Auch der brutale Angriff auf den jüdischen Studenten Lahav Shapira im Februar 2024 in Berlin macht diese Realität auf grausame Weise sichtbar. Viele Betroffene berichten zudem, dass Hochschulen nur zögerlich reagieren oder Taten nicht ausreichend ernst nehmen. Gerade in der **universitären Lehre**, aber auch im Kontext von Konferenzen oder (teil-)öffentlichen Veranstaltungen, fehlen Fort- und Weiterbildungsangebote, um **antisemitische Äußerungen und Narrative erkennen, einordnen und dann angemessen adressieren zu können**. Betroffene fühlen sich zudem von bestehenden Beschwerdestrukturen, falls diese überhaupt existieren und gut auffindbar sind, nicht ausreichend unterstützt.

Auf allen strukturellen Ebenen gibt es einen großen Bedarf an fundierter Wissensvermittlung zu Antisemitismus und Rassismus sowie an Argumentationshilfen und entsprechenden Trainings für den Umgang mit herausfordernden Situationen. Zugleich zeigen sich an vielen Hochschulen Unsicherheit, Ratlosigkeit und teilweise Überforderung bei der Einordnung von Vorfällen, insbesondere hinsichtlich der Frage, wann eine Äußerung oder ein Vorfall als antisemitisch zu bewerten ist. Es fehlt an praxisnahen Leitfäden und Materialien, die Orientierung bei der Bewertung antisemitischer Vorfälle und beim angemessenen Umgang mit ihnen bieten.

Besonderer Bedarf besteht vor allem an einer im engeren Sinne **wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus, jüdischem Leben sowie Israel/Palästina**. Dabei sollte ein besonderes Augenmerk auf den israelbezogenen Antisemitismus und die Bedeutung von Emotionen sowie den Umgang mit ihnen im Kontext des sogenannten Nahostkonflikts gelegt werden. Hierzu werden hochschulübergreifende Austauschformate gewünscht, um Erfahrungen zu teilen, Good Practices zu entwi-

<sup>1</sup> Vgl. Hinz et al., 2025.

ckeln, bestehende Maßnahmen weiterzuentwickeln und den Zugang zu juristischer Beratung zu erleichtern.

Betroffene Hochschulangehörige (Student\*innen wie Mitarbeiter\*innen) fühlen sich oftmals **von den Institutionen alleingelassen** und dadurch dazu gedrängt, sich aus der Hochschulöffentlichkeit zurückzuziehen. In einigen Extremfällen empfinden sie sogar eine **strukturelle Ausgrenzung**, die sie dazu zwingt umzuziehen oder die Hochschule zu wechseln. Es fehlen etablierte Strukturen und Ansprechpersonen, die präventiv und proaktiv tätig werden und im Bedarfsfall unterstützen können. Zugleich wirken Instituts- oder Hochschulleitungen selbst oft hilflos und agieren, etwa im Fall von Boykottaufrufen oder Angriffen, unsouverän oder schweigen. Auf diese Weise lassen sie Betroffene im Stich.

**Antisemitismus- und Antidiskriminierungsbeauftragte müssten an vielen Hochschulen eine zentrale Rolle einnehmen**, arbeiten jedoch häufig unter schwierigen Bedingungen. Die Funktion wird nicht selten ehrenamtlich oder zusätzlich zu anderen Aufgaben ausgeübt. Vielfach fehlen spezifische fachliche Qualifizierungen sowie die Ausstattung mit notwendigen Ressourcen und der regelmäßige Austausch – und somit auch das Vertrauen von Betroffenen. Viele Beauftragte berichten auch von einer isolierten Position innerhalb ihrer Hochschule und wünschen sich stärkere Vernetzung, kollegialen Austausch sowie Unterstützung bei der Entwicklung langfristiger Strategien. Antisemitismus sollte dabei nicht als isoliertes Einzelthema behandelt werden, sondern als fester Bestandteil einer umfassenden Antidiskriminierungspolitik an Hochschulen verankert werden. Gerade an dieser Schnittstelle bestehen an vielen Hochschulen bislang erhebliche Leerstellen.

# Handlungs- empfehlungen

## Handlungssicherheit und Qualifizierung stärken

- Ein zentraler Bedarf besteht in der Stärkung der Handlungssicherheit im Hochschulalltag.<sup>2</sup> Die Grundlage für einen professionellen Umgang mit Antisemitismus sind verpflichtende Fort- und Weiterbildungen. Antisemitismuskritische Bildungsarbeit ist für alle Statusgruppen der Hochschule dringend erforderlich. Student\*innen, Lehrende, Hochschulleitungen und Verwaltungsmitarbeiter\*innen sollten systematisch sensibilisiert und qualifiziert werden. Ein wichtiger Baustein besteht daher in regelmäßigen und verpflichtenden Fortbildungsangeboten für Lehrende, Verwaltungsmitarbeiter\*innen, Beratungsstellen, Hochschulleitungen und Studierendenausschüsse. Diese vermitteln Wissen über unterschiedliche Erscheinungsformen des Antisemitismus, stärken die Handlungskompetenz im Umgang mit Vorfällen und unterstützen die Entwicklung didaktischer Konzepte für Lehre und Beratung.
- Es sollte zudem ein besseres Verständnis möglicher regionaler und bundesweiter Unterstützungsangebote sichergestellt werden. Eine Vernetzung mit externen Expert\*innen und Bildungsangeboten kann Handlungskompetenz und Prävention nachhaltig stärken. Die Partner\*innen des Kooperationsverbunds gegen Antisemitismus (KOVA) bieten hierfür bereits Workshops und Qualifizierungsangebote für Fachkräfte und Multiplikator\*innen an.

## Zielgruppenspezifische Unterstützungsstrukturen schaffen

- Die unterschiedlichen Akteur\*innen an Hochschulen benötigen je-

<sup>2</sup> Ergänzend wird auf den Forderungskatalog der Jüdischen Studierendenunion (JSUD) verwiesen, der unter anderem verbindliche Handlungspläne, unabhängige Antisemitismusbeauftragte sowie klare Melde- und Dokumentationssysteme fordert.

weils zielgruppenspezifische Unterstützungsangebote. Lehrende und Dozierende brauchen fachliche Qualifizierungsangebote, didaktische Materialien sowie praxisnahe Handlungsempfehlungen für den Umgang mit antisemitischen Vorfällen und kontroversen Debatten in Lehrveranstaltungen. Sie müssen befähigt werden, antisemitische Äußerungen sicher einzuordnen, angemessen darauf zu reagieren und zugleich Räume für wissenschaftliche Diskussionen offen zu halten. Student\*innen, insbesondere jüdische Student\*innen sowie andere von Antisemitismus betroffene Personen, benötigen niedrigschwellige und verlässliche Beratungs-, Schutz- und Unterstützungsangebote sowie sichtbare institutionelle Ansprechpartner\*innen und Bekenntnisse gegen Antisemitismus. Hochschulen sollten Schutzräume schaffen und deutlich machen, dass antisemitische Vorfälle ernst genommen und konsequent bearbeitet werden.

- Hochschulen müssen transparente und verbindliche Verfahren zum Umgang mit antisemitischen Vorfällen etablieren. Bislang wissen Betroffene häufig nicht, an wen sie sich wenden können, welche Unterstützung sie erhalten oder wie mit einer Beschwerde weiter verfahren wird. Gleichzeitig herrscht auch auf institutioneller Ebene häufig Unsicherheit über Zuständigkeiten, Abläufe und Verantwortlichkeiten. Hochschulen sollten deshalb leicht zugängliche Beratungs- und Meldeangebote schaffen sowie nachvollziehbare Beschwerde- und Dokumentationsverfahren entwickeln. Klare Zuständigkeiten, transparente Prozessabläufe und eine verlässliche Kommunikation stärken das Vertrauen der Betroffenen und erhöhen zugleich die Handlungssicherheit der Institution.

#### **Institutionelle Strukturen nachhaltig ausbauen und Vernetzung stärken**

- Neben der individuellen Qualifizierung besteht ein deutlicher Bedarf an belastbaren institutionellen Strukturen als Voraussetzung für wirksame Antisemitismusprävention. Hochschulen benötigen stabile Netzwerke, regelmäßige Austauschformate untereinander, aber auch mit repräsentativen Betroffenenverbänden, sowie gemeinsame Standards, um Erfahrungen zu teilen, voneinander zu lernen und wirksame Präventionsstrategien weiterzuentwickeln. Antisemitismuskritische Bildung sollte dabei nicht ausschließlich projektförmig erfolgen, sondern dauerhaft in Hochschulstrukturen, Lehre und Organisationsentwicklung verankert werden.

- Zivilgesellschaftliche Organisationen verfügen über umfangreiche Expertise in Bildung, Beratung, Monitoring und Prävention antisemitischer Vorfälle. Eine enge und langfristige Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen ermöglicht es, wissenschaftliche Expertise mit praktischen Erfahrungen zu verbinden und nachhaltige Präventionsstrukturen aufzubauen.

#### **Antisemitismuskritische Perspektiven und wissenschaftliche Reflexion in Lehre und Campusdebatten verankern**

- Antisemitismuskritische Perspektiven sollten dauerhafter Bestandteil von Lehre, Forschung und Hochschulentwicklung werden. Aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus – insbesondere israelbezogener Antisemitismus sowie antisemitische Narrative im digitalen Raum – sollten systematisch in Lehrveranstaltungen und Diskussionsformaten aufgegriffen werden.
- Hochschulen müssen Räume kontroverser wissenschaftlicher Debatten bleiben und sich zugleich ihrer historischen Verantwortung sowie ihrer Verstrickung in Antisemitismus und Rassismus bewusst sein. Sie sollten ihre Rolle als Institutionen wissenschaftlicher Reflexion und gesellschaftlicher Selbstaufklärung in Hinblick auf Antisemitismus ernst nehmen. Wenn sie sichere und freie Orte für alle sind, kann gerade hier wichtiges Wissen über die Geschichte, Theorie und Praxis sowie die Abwehr von Antisemitismus entstehen. Um dies zu erreichen, erweist sich insbesondere die enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft als gewinnbringend.

### Literatur

- Hinz, Thomas; Marczuk, Anna; Multrus, Frank: Antisemitismus und pro palästinensische Proteste an deutschen Hochschulen: Befragungsergebnisse bei Studierenden und Hochschulleitungen, Working Paper Nr. 43, Cluster of Excellence „The Politics of Inequality“, Universität Konstanz.
- Beauftragte gegen Antisemitismus der Philipps-Universität Marburg c/o Präsidium (Hrsg.): Bernstein, Julia; Bodenheimer, Alfred; Schilling, Elisabeth (Hrsg.): Ausnahmezustand. Hochschulen im deutschsprachigen Raum seit dem 7. Oktober. Zeugnisse von Betroffenen, 2026.
- Forderungskatalog der Jüdischen Studierendenunion (JSUD), 2025, URL: <https://www.jsud.de/post/forderungskatalog-gegen-antisemitismus-an-hochschulen>
- Antisemitismus an Hochschulen in Geschichte und Gegenwart. Kontinuitäten – Interventionen – Bedarfe, 2025, URL: <https://www.vielfalt-mediathek.de/material/antisemitismus-an-hochschulen-in-geschichte-und-gegenwart>
- Umfrage des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender – Julia Bernstein, Marek Sierka: Zwischen Boykott, Bedrohung und Schweigen. Angriffe auf jüdische und israelische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an deutschen Hochschulen nach dem 7. Oktober 2023, 2026, URL: <https://kritischebildung.de/afkg/bernstein-sierka-boykott-bedrohung-schweigen-1.pdf>

### KoNHAP – Kompetenznetzwerk Antisemitismusprävention an Hochschulen

KoNHAP ist ein von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) getragenes und seit Januar 2025 durch das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt gefördertes Kompetenznetzwerk zur Antisemitismusprävention an Hochschulen. Ziel des Projekts ist die Vernetzung der hochschulischen Antisemitismusbeauftragten sowie die Förderung des wissenschaftlichen und praktischen Austauschs zu Antisemitismusprävention und -forschung. Zu den zentralen Aufgaben gehören die Entwicklung und Bereitstellung von Handreichungen und Handlungsempfehlungen, die Durchführung von Fort- und

Weiterbildungsmaßnahmen, die Beratung von Hochschulen beim Aufbau antisemitismuskritischer Strukturen sowie die Sensibilisierung aller Statusgruppen innerhalb der Hochschulgemeinschaft. Durch die Verbindung von Vernetzung, Wissenstransfer, Qualifizierung und institutioneller Beratung unterstützt KoNHAP Hochschulen dabei, wirksame und nachhaltige Strategien gegen Antisemitismus zu entwickeln und gleichzeitig den Schutz jüdischer Student\*innen und Beschäftigter sowie eine offene, wissenschaftsbasierte Diskurskultur zu stärken.

### Beratung zu Antisemitismus an Hochschulen bei OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung

OFEK e. V. ist die erste bundesweite Fachberatungsstelle in Deutschland, die auf die professionelle, antisemitismuskritische und communityorientierte Beratung von Betroffenen antisemitischer Gewalt und Diskriminierung spezialisiert ist. Der 2017 gegründete Verein bietet mehrsprachige psychosoziale, psychologische und rechtliche Beratung für Betroffene, Angehörige sowie Zeug\*innen antisemitischer Vorfälle an – unabhängig davon, ob diese strafrechtlich relevant sind. Darüber hinaus unterstützt OFEK Institutionen bei der Entwicklung von Schutzkonzepten, Interventionsstrategien und antisemitismuskritischen Organisationsstrukturen sowie durch Fortbildungs- und Bildungsangebote. An der Schnittstelle von Beratung, Bildung und Forschung bringt OFEK seine Expertise in wissenschaftliche und fachpolitische Diskurse ein und entwickelt auf Grundlage der Beratungspraxis Handlungsempfehlungen für Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Damit leistet die Organisation einen zentralen Beitrag zur Professionalisierung der Betroffenenberatung und zur Weiterentwicklung antisemitismuskritischer Präventions- und Interventionsansätze in Deutschland.

Mehr Informationen:  
[www.ofek-beratung.de](http://www.ofek-beratung.de)  
[kontakt@ofek-beratung.de](mailto:kontakt@ofek-beratung.de)

### Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD): Politische Interessenvertretung

Die JSUD ist die bundesweite Vertretung jüdischer Studierender und junger jüdischer Erwachsener in Deutschland im Alter zwischen 18 und 35 Jahren. Jedes Bundesland hat mindestens einen regionalen jüdischen Studierendenverband. Die JSUD ist nicht deren Dachverband, aber arbeitet mit ihnen eng zusammen und unterstützt die Vernetzung mit diesen. Zum Aufgabenbereich der JSUD gehört unter anderem die Förderung jüdischen Bewusstseins, die Bekämpfung jeder Form von Diskriminierung, insbesondere des Antisemitismus, und die Sensibilisierung

der nicht-jüdischen Öffentlichkeit für die Belange ihrer Mitglieder. Gemeinsam mit dem AJC Berlin hat sie im Februar 2025 den Lagebericht „Antisemitismus an deutschen Hochschulen“ und im November 2025 einen Forderungskatalog gegen Antisemitismus an Hochschulen veröffentlicht.

Mehr Informationen:  
[www.jsud.de](http://www.jsud.de)

### Bildungsstätte Anne Frank: Bildungsangebote und Fortbildungen zu Antisemitismus, Rassismus sowie Israel und Palästina

Die Bildungsstätte Anne Frank ist eine bundesweit tätige Bildungsinstitution, die Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote zu Antisemitismus, Rassismus sowie den Themen Israel und Palästina entwickelt und durchführt. Die Angebote richten sich unter anderem an Hochschulen und adressieren verschiedene Statusgruppen wie Lehrende, Mitarbeiter\*innen, Student\*innen und Verwaltungsbeschäftigte. Ziel der Workshops ist es, Lern- und Reflexionsräume zu schaffen, in denen Teilnehmende ihre eigene Positioniertheit und Involviertheit kritisch reflektieren sowie Erscheinungsformen von Antisemitismus und Rassismus – insbesondere im Kontext von Debatten über Israel und Palästina – analysieren und einordnen können. Darüber hinaus fördern die Formate die Auseinandersetzung mit Ambivalenzen, Grauzonen und unterschiedlichen Perspektiven sowie die Entwicklung reflektierter und verantwortungsvoller Handlungsoptionen im Hochschulalltag. Damit leistet die Bildungsstätte Anne Frank einen wichtigen Beitrag zur demokratiefördernden Bildungsarbeit und zur Stärkung einer diskriminierungskritischen Hochschulkultur.

Mehr Informationen:  
[www.bs-anne-frank.de](http://www.bs-anne-frank.de)  
[info@bs-anne-frank.de](mailto:info@bs-anne-frank.de)

## Kooperationsverbund gegen Antisemitismus (KOVA)

Der Zusammenschluss besteht aus sechs bundesweit tätigen jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen, die über eine langjährige Erfahrung im Bereich der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit und der Beratung verfügen: Anne Frank Zentrum, Bildungsstätte Anne Frank, Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Bundesverband RIAS), Kompetenzzentrum antisemitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS), Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) und Zentralrat der Juden in Deutschland.

KOVA ist ein Zusammenschluss im Themenfeld der antisemitismuskritischen Bildung, Forschung und Erfassung von antisemitischen Vorfällen. Ziel des Verbunds ist es, Angebote im Themen- und Praxisfeld Antisemitismus weiterzuentwickeln und Strukturen zu stärken. KOVA wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Mehr Informationen:

[www.kooperationsverbund-gegen-antisemitismus.de](http://www.kooperationsverbund-gegen-antisemitismus.de)

## Impressum

Anne Frank Zentrum e. V.  
Rosenthaler Straße 39  
10178 Berlin  
Tel.: +49 30 288 86 56-00  
zentrum@annefrank.de  
www.annefrank.de  
V.i.S.d.P.: Veronika Nahm

Text und Redaktion:  
Samuel Stern  
Janis Detert  
Kiril Denisov

Lektorat: Sara Strüßmann  
Layout: sans serif  
Druck: Druckerei Rüss

Berlin, August 2026

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.